

## Die Anfänge des Hildesheimer Schulverbunds

|| Vor 30 Jahren begann der Arbeitskreis der Schulleiter katholischer Schulen in Hildesheim mit seiner Arbeit<sup>1</sup>

Von Julius Seiters

Der Begriff „Schulverbund“, der heute so selbstverständlich gebraucht wird, wurde 1967 in dem „Arbeitskreis der Schulleiter katholischer Schulen in Hildesheim“ geprägt und so bekannt, daß er ab 1973 in offiziellen Verlautbarungen der niedersächsischen Landesregierung benutzt wurde. Er meint den „Zusammenschluß aller katholischen Grund- und Hauptschulen sowie eines Realschulzweiges und zweier Gymnasien“ in Hildesheim, der einen „lückenlosen Übergang von der Vorschulklasse bis zum Abitur“ „verbürgt“.<sup>2</sup>

Auslöser für die Gründung dieses Arbeitskreises waren Gespräche, die auf einem Treffen der Schulleiter katholischer Konfessionsschulen am 20. Dezember 1966 im Gymnasium Josephinum geführt wurden. Zu dieser Tagung hatte der Schulleiter des Josephinums, Oberstudiendirektor Julius Seiters, geladen, um den Damen und Herren der befreundeten Schulen den gerade fertiggestellten Neubau des Josephinums und die zukünftige Arbeit des seit dem Konkordat – genauer: dem 1. Januar 1966 – wieder bischöflichen Gymnasiums vorzustellen.<sup>3</sup> Bei der Besprechung der zukünftigen guten Zusammenarbeit in Fragen des Übergangs von der Grundschule zum Gymnasium – ab Ostern 1965 war der Probeunterricht entfallen und ein Aufnahmeausschuß eingeführt, der auf Grund der Zeugnisse und Gutachten entscheiden sollte –, wurde deutlich, wie stark manche Schulen zumindest in ihren Oberstufen durch die

<sup>1</sup> Auszug aus einem Referat, das am 2.12.1997 im Pfarrsaal von St. Elisabeth, Hildesheim gehalten wurde.

<sup>2</sup> Vgl. Faltblatt des Schulverbundes, das ab 1970 in den Pfarrkirchen der Stadt Hildesheim auslag.

<sup>3</sup> Gymnasium Josephinum, Schulbericht über die Kurzschuljahre 1.4.1966–30.11.1966 und 1.12.1966–31.7.1967, Hildesheim 1967, S. 1 und S. 8.





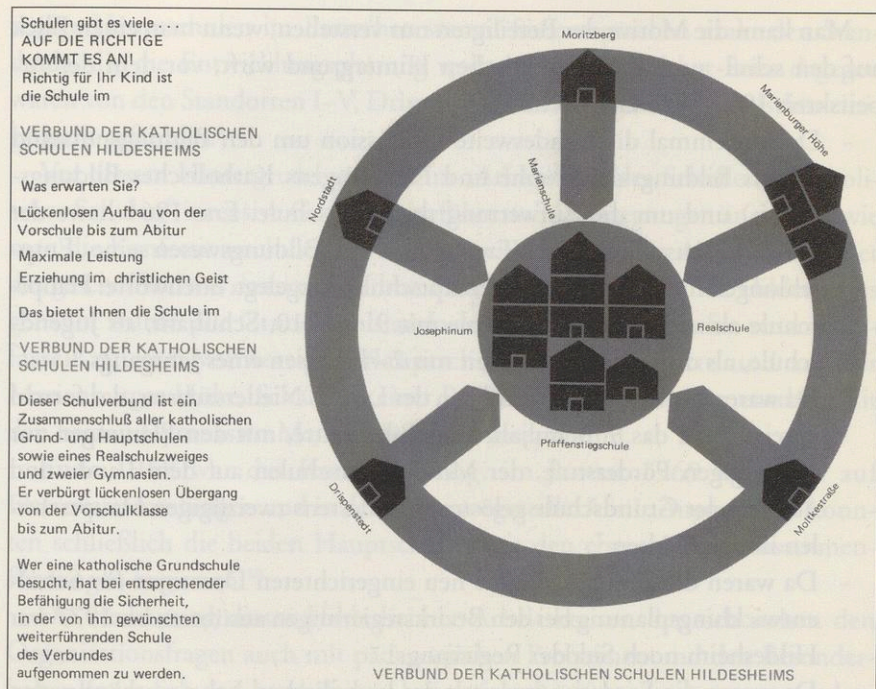
*Der Hückedahl-Trakt des Josephinums 1968*

Schulplanungen des Landes Niedersachsen trotz Konkordat in ihrer Existenz gefährdet waren. Eine weitere Zusammenarbeit wurde deshalb vereinbart.

Am 17. Februar 1967 wurde im Pfarrheim von St. Elisabeth in Hildesheim der obige Arbeitskreis konstituiert, dem neben allen Schulleitern der katholischen Schulen Hildesheims auch Elternvertreter dieser Schulen sowie Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kirche angehörten. In den Vorstand wurden gewählt Pfarrer Carl-Heinz Schulz, Prof. Dr. Karl-Gerhard Pöppel, als Elternvertreter Landgerichtsrat Salge, zum Vorsitzenden Direktor Seiters. Bei wichtigen Verhandlungen wurde der Vorstand erweitert durch die Rektoren der Schulen in Stadt-Mitte und auf der Marienburger Höhe, Frau Monika Feise und bis 1970 Herbert Wehrmann.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Die meisten Mitglieder waren zudem noch in anderen öffentlichen und kirchlichen Gremien in Stadt, Land und Bistum tätig, z.B. in der Synode 1968/69. Vgl. Bistumsarchiv Hildesheim [BAH], E 52/ 114 (Schulpolitische Verhandlungen 1965–67).





Dieser Gesprächskreis, der sich fast immer bei Pfarrer, später Dechant Schulz in St. Elisabeth traf, war sehr arbeitsintensiv; er kam von 1967 bis 1971 jährlich sechs- bis achtmal zusammen, im „Sturmjahr 1972“, also vor dem Schulgesetz der niedersächsischen Landesregierung und ihres Kultusministers Peter von Oertzen und während der Verhandlungen der Kirche mit dem Staat zwecks Fortschreibung des Konkordats, sogar jeden Monat. Welche Arbeit alle Beteiligten auf sich nahmen und welche Zeit sie für diese ehrenamtliche Aufgabe opferten, ist heute nur schwer verständlich zu machen, zumal die Ergebnisse in den beteiligten Schulen bei Eltern und Lehrern „rückgekoppelt“ und gegenüber Stadt und Bezirksregierung, aber auch gegenüber dem Bistum durchgesetzt werden mußten.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Erwähnt seien als aktive Mitglieder Mater Antonia, später Schwester Genofeva (Marienschule), Rektor Günter Woischnik (Moritzberg), Hauptlehrer Debertin (Drispentstedt). Später stieß Schulrat Grüter vom Bischöflichen Generalvikariat noch dazu.



Man kann die Motive der Beteiligten nur verstehen, wenn man einen Blick auf den schul- und kirchenpolitischen Hintergrund wirft, vor dem der Arbeitskreis 1967 seine Gespräche aufnahm:

- Da war einmal die bundesweite Diskussion um den Bildungsnotstand (Pichts Bildungskatastrophe und Erlinghagens Katholisches Bildungsdefizit) und um die Aufwertung der Volksschule. Erst 1964 hatte der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen seine „Empfehlungen für den Aufbau der Hauptschule“ vorgelegt. Stichworte: Hauptschule als weiterführende Schule mit 9. und 10. Schuljahr, als Jugend-schule, als differenzierte Einheit mit 2–4 Klassen eines Jahrgangs.<sup>6</sup>
- Da waren die konkreten Vorhaben des Landes Niedersachsen, das formal bereits 1962 das 9. Schuljahr eingeführt hatte, mit den Planungen zur zweizügigen Förderstufe, der Mittelpunktschulen auf dem Lande und den von der Grundschule gelösten, mindestens zweizügigen Hauptschulen in den Städten.<sup>7</sup>
- Da waren die Zwänge, die die neu eingerichteten Dezernate für Schulentwicklungsplanung bei den Bezirksregierungen ausübten; bis 1977 war Hildesheim noch Sitz der Regierung.
- Da waren die Forderungen auch der katholischen Lehrerverbände, den „Ausbau der Oberstufe der Volksschule zu einer weiterführenden Schule eigener Prägung und der Möglichkeit eines qualifizierten Abschlusses“ auch an Konfessionsschulen zu forcieren.
- Da war 1965 die Ratifizierung des Konkordats mit dem Lande Niedersachsen (4. Oktober), das zwar die Konfessionsschulen schützte, ihre Zusammenlegung im Hauptschulbereich oder zu Mittelpunktschulen aber nicht ausschloß.<sup>8</sup>

Dies alles betraf auch die schulische Situation in Hildesheim, wo durch die Zusammenlegung der evangelischen Schulen mit den Gemeinschaftsschulen ab 1964 an fünf Standorten dreizügige Grundschulen und mindestens zwei-

<sup>6</sup> Georg Picht, *Die deutsche Bildungskatastrophe*. Freiburg 1964; Karl Erlinghagen, *Das katholische Bildungsdefizit*. Freiburg 1965; Alois Roth, *Idee und Gestalt der Hauptschule*. Ratingen 1966; *Die Empfehlungen des Deutschen Ausschusses*. Stuttgart 1966, S. 366–409.

<sup>7</sup> Julius Seiters, *Der ländliche Raum und seine Schulen*. Hildesheim 1990, vor allem S. 58–66 *Das zweite Barsinghäuser Gespräch und seine Folgen*.

<sup>8</sup> Julius Seiters, *30 Jahre Niedersachsen-Konkordat*. In: *Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart* 63 (1995), S. 257–278.



zügige Hauptschulen im Entstehen waren. Sie entsprachen exakt den Standards, die die Entwicklungsplanung wollte. Auf katholischer Seite dagegen waren von den Standorten I–V, Drispensstedt, Neuhof und Himmelsthür einige stark gefährdet.<sup>9</sup>

Vor diesem Hintergrund wurden im „Arbeitskreis der Schulleiter katholischer Schulen“ intensive Gespräche geführt und Überlegungen angestellt, wie man die Konfessionsschulen stärken könne. In mühevoller Arbeit wurde hier das geschaffen, was dann der Verbund der katholischen Schulen Hildesheims genannt wurde: alle Grundschulstandorte halten, die Oberstufen zusammenfassen zu zwei vollwertigen Hauptschulen in Stadt-Mitte und auf der Marienburger Höhe, Schaffung einer Realschule, enge Zusammenarbeit mit den beiden Gymnasien Marienschule und Josephinum.

Ende 1968 war das Konzept fertig, im Januar 1969 wurde es auf Elternversammlungen und in der Presse vorgestellt. Am 1. August 1969 konnten schließlich die beiden Hauptschulen mit den ersten Klassenzusammenführungen beginnen.<sup>10</sup>

Die Bedeutung dieses Hildesheimer Arbeitskreises, der sich neben den Organisationsfragen auch mit pädagogischen Problemen und den Besonderheiten freier Schulen beschäftigte, kann nicht hoch genug angesetzt werden. Das dort entwickelte Konzept hielt stand, auch als seit 1968 konkrete Forderungen der niedersächsischen Landesregierung für eine sechszügige Orientierungsstufe bekannt wurden; diese konnten in die Planungen eingebaut werden.<sup>11</sup>

In einer Konferenz am 25. Februar 1971 des Arbeitskreises mit Vertretern der Stadt, des Kreises, der Bezirksregierung und des Landesverwaltungsamtes wurden die Vorschläge für den Schulverbund katholischer Schulen in Hildesheim einstimmig befürwortet.<sup>12</sup> Als am 18. Juni 1971 im Bischofshaus die entscheidenden Besprechungen mit der Stadt Hildesheim über den Schulraum für die katholischen Zentralschulen Stadt-Mitte und Marienburger Höhe statt-

<sup>9</sup> Statistisches Jahrbuch für die Hauptstadt des Regierungsbezirks Hildesheim 1962/63. Hildesheim 1964, S. 864f.

<sup>10</sup> BAH, E 77/ 179 (Schulpolitische Verhandlungen 1967–1974).

<sup>11</sup> Vgl. den Aufsatz über diese Planungen in: Gymnasium Josephinum. Schulbericht 1972/73, S. 53–54.

<sup>12</sup> Auf der Basis eines Arbeitspapiers, das Prof. Dr. Pöppel, Oberregierungsrat Kastner (Bezirksregierung) und Direktor Seiters erarbeitet hatten; vgl. Gymnasium Josephinum. Schulbericht 1970/71, S. 61.



fanden, da war „unser Arbeitskreis für Schulfragen“, so Generalvikar Sendker in der Einladung, maßgeblich beteiligt.<sup>13</sup>

Und als unter der seit Juli 1970 amtierenden SPD-Regierung Verhandlungen des Landes mit den Bischöfen zwecks Aufgabe der Oberstufen der katholischen Konfessionsschulen in Niedersachsen aufgenommen wurden, konnten diese auf das Hildesheimer Modell zurückgreifen.<sup>14</sup> Es wurde Vorbild für die 18 Schulzentren mit Hauptschulen und Orientierungsstufen in kirchlicher Trägerschaft, die in der Vereinbarung zum Niedersachsen-Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Niedersachsen am 22. Dezember 1972 festgeschrieben wurden.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung, BAH, E 77/179.

<sup>14</sup> Bereits auf der Sitzung der niedersächsischen Bischöfe mit dem Landeskatholikenausschuß und dem Vorstand der Katholischen Landesschulkonferenz in Bremen am 1. April 1969 so beschlossen.

<sup>15</sup> Julius Seiters, Vorstoß der Freien Schulen in den Hauptschulbereich – Die Entwicklung der sog. Konkordatsschulen in Niedersachsen. In: Elternforum. Zeitschrift der Kath. Elternschaft Deutschlands, Köln 12/1975, S. 6.